

# Ende einer 200-jährigen Beziehung

Wie sich Staat und Kirche in Luxemburg auseinanderentwickeln

**Die Staat-Kirche-Beziehungen in Luxemburg waren seit Napoleon fast unangetastet. 2015 aber wurde eine neue Vereinbarung unterschrieben, die weitgehende Veränderungen brachte. Welche, das wurde bei einer Tagung in Trier deutlich.**

Von Thomas Arzner

Der Nationalfeiertag in Luxemburg war immer ein Zeichen dafür, wie eng katholische Kirche und das Großherzogtum verbunden sind: Gefeierte wurde in der Kathedrale, mit dem Tedeum, dem „Großer Gott, wir loben dich“ als Höhepunkt. Das ist so vorbei.

## „Werteunterricht“ statt Religionsunterricht

Dabei hatte die Verbindung über 200 Jahre gehalten: Seit Napoleon hatte sich in Luxemburg in dieser Hinsicht kaum etwas geändert, erzählte der Erzbischof des kleinen Landes, Jean-Claude Hollerich bei einer Tagung der Gesellschaft Katholischer Publizisten in Deutschland (GKP) in Trier. Die Jahrzehnte regierenden Christozentralen von der CSV sicherten diese Partnerschaft ab. Doch 2013 verloren sie die Macht an eine Koalition aus Sozialisten, Grünen und Liberalen. Und diese hatten sich die Trennung von Kirche und Staat auf die Fahnen geschrieben.

Dabei war auch in Kirchenkreisen klar, dass sich das System ändern musste, so Hollerich. „Wir können die Strukturen der Vergangenheit nicht in die Zukunft mitnehmen.“ Eine Zukunft mit einer weit stärkeren Säkularisierung und einer durch Einwanderung veränderten Bevölkerung. Allerdings hatte die Kirche auf mehr Zeit gehofft, als die zwei Jahre, die es dauerte.

In dieser Zeit verhandelten alle Religionsgemeinschaften, die sich in einem Rat zusammenschlossen hatten, mit der Regie-

rung. Wobei es nicht immer fair zuzuging, wie auf der Tagung geschildert wurde. „Der Kampf um die Zukunft der Kirche in Luxemburg wurde mit harten Bandagen geführt“, so der Erzbischof. Es seien Gerüchte gestreut worden, er würde aus Krankheitsgründen zurücktreten. Auch stellte die Regierung einen Volksentscheid in Aussicht, in dem gefragt werden sollte, ob der Staat weiter die Pfarrer bezahlen soll. „Das stellte die Kirche unter enormen Druck“, so der CSV-Fraktionsvorsitzende im Parlament, Claude Wiseler.

Trotzdem kam man zu Vereinbarungen: So genießen die kirchlichen Mitarbeiter Bestandschutz, ihr Gehalt übernimmt weiter der Staat. Neue Angestellte aber werden ausschließlich von der Kirche bezahlt, der Staat sorgt künftig nur für einen Sockelzuschuss. Während Hollerich dies akzeptieren kann, sind die Ergebnisse zum Religionsunterricht für ihn bitter. Dieser wird durch einen „Werteunterricht“ ersetzt, dessen Inhalte kaum beeinflussbar sind. Der Erzbischof wirft der Regierung dabei „ideologische Scheuklappen“ vor. Sie schlug einen Vorschlag aus, einen „Religionenunterricht“ einzuführen, den Christentum, Islam und

Judentum gemeinsam gestaltet hätten. „Dies wäre ein zukunftsweisendes Modell gewesen“, so der Jesuit.

## „Die Kirche darf nicht nur das Gestern betonen“

Auch bei der Finanzierung der Kirchengebäude gibt es für Hollerich weiter Fragen: Bisher seien sie von der jeweiligen Kommune und Pfarrgemeinde über sogenannte „Kirchenfabriken“ getragen worden. Diese sollen jetzt in einem Fonds aufgehen. Allerdings sei den weltlichen Gemeinden verboten worden, Mittel beizusteuern. Der CSV-Mann Wiseler sieht deshalb die Selbstverwaltung der Kommunen eingeschränkt.

Wie es weitergeht im Kirche-Staat-Verhältnis? Wiseler hofft auf eine „zweite Etappe“, um Fragen zu klären. Die Kirche selbst muss in einem Jahr einen neuen Katechismus-Unterricht aus dem Boden stampfen. Auch das Spendenwesen soll ausgebaut werden. Generell sieht Erzbischof Jean-Claude Hollerich aber ganz andere Herausforderungen: Die Maßstäbe unserer Kultur seien am Zusammenbrechen. „Da darf Kirche nicht nur das Gestern betonen.“



Der Jesuit Jean-Claude Hollerich (links) ist seit 2011 Erzbischof von Luxemburg.

Claude Wiseler (rechts) ist Fraktionsvorsitzender der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) im luxemburgischen Parlament.



Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat Ägypten zur **Aufhebung von Blasphemieurteilen gegen vier christliche Schüler und ihren Lehrer** aufgefordert. Ein

Gericht im Gouvernement al-Minya hatte Ende Februar drei der Minderjährigen zu je fünf Jahren Haft verurteilt, weil sie in einem Video die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) verspottet und dabei islamische Gebetsgesten nachgeahmt hatten.



Mit antisemitischen Botschaften ist die **Synagoge im französischen Verdun** verschandelt worden. Eine Marmortafel mit den Zehn Geboten am Eingang wurde mit einem Hakenkreuz beschmiert. Auf den Boden seien Hassparolen aufgebracht worden. Die französische Regierung verurteilte die Tat. Der Vizepräsident der jüdischen Gemeinde von Verdun, Jean Blacharz, äußerte sich geschockt und sprachlos. Verdun war Ort einer der blutigsten Schlachten der Weltgeschichte. Sie dauerte von Februar bis Dezember 1916 und kostete hunderttausende Menschenleben.

Der Wiener Kardinal Christoph Schönborn hat die **Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)** gelobt. Die eigenmächtige Schließung der Balkanroute durch EU-Staaten ohne Berücksichtigung deutscher Vorbehalte und ohne Einbindung Griechenlands halte er für einen „Akt mangelnder europäischer Solidarität“, sagte Schönborn im ORF. Österreich müsse sich diesen Vorwurf ebenso gefallen lassen wie einige seiner Nachbarstaaten und Länder auf dem Balkan. Merkel agiere mit einem „tiefen Gespür für Menschlichkeit“ und sage am deutlichsten, dass Europa die derzeitige Krise gemeinsam schultern müsse.